

R

Kölnische Rundschau



Gemüse lecker zubereiten

MAGAZIN 18



Delacroix im Pariser Louvre

KULTUR 8



FC verlängert nicht mit Ruthenbeck

SPORT 9/KOMMENTAR

Ebertplatz: Angeklagter streitet Tat ab

KÖLN. Am ersten Tag des Prozesses um den Tod eines 22-Jährigen im Oktober 2017 auf dem Kölner Ebertplatz hat der Angeklagte (25) den Vorwurf des Totschlags bestritten. Vielmehr sei ein anderer, der Polizei bekannter Mann für den tödlichen Messerstich verantwortlich, sagte sein Anwalt. Hintergrund soll ein Streit unter Drogenhändlern gewesen sein. Der Vorfall hatte zu einer Debatte über den Ebertplatz geführt. (EB)

Merkel: Keine Beteiligung an Militärschlag

BERLIN. Deutschland wird sich nach Worten von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nicht an einem möglichen Militäreinsatz gegen Syrien beteiligen. Merkel sagte aber zugleich nach einem Treffen mit dem dänischen Ministerpräsidenten Lars Lökke Rasmussen: „Aber wir sehen und unterstützen, dass alles getan wird, um ein Zeichen zu setzen, dass der Einsatz von Chemiewaffen nicht akzeptabel ist.“ (afp) **Politik S. 4**

Roncalli erfindet sich neu



Mit **Artistik, Poesie und modernster Technik** begeisterte gestern Abend das neue Programm des Circus Roncalli bei der Premiere auf dem Neumarkt: Mit seiner Holografie-Show zeigt Roncalli zudem eine Weltneuheit in der Manege. Zirkus-Direktor Bernhard Paul schweb-

te im Heißluftballon als Clown Zippo vorbei, wie auf dem Bild zu sehen. Das bis zum 21. Mai in Köln gastierende Programm „Storyteller: Gestern – Heute – Morgen“ wird präsentiert von der Kölnischen Rundschau. (wes/Foto: Rosenbaum) **Köln**

Sanktionen bei Hartz IV in der Kritik

SPD: Junge Leute sollen nicht mehr so hart bestraft werden

BERLIN. In der Debatte um die Zukunft von Hartz IV wird der Ruf nach einer spürbaren Entschärfung der Sanktionen lauter. Die SPD will junge Leute unter 25 künftig nicht mehr härter bestrafen als Ältere. Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert eine generelle Lockerung der Hartz-Sanktionen. „Verschärfte Sanktionen für junge Menschen sind keinesfalls sinnvoll, aber eine generelle Abschaffung von Sanktionen halte ich für schwierig“, sagte SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles.

Unionsfraktionsvize Hermann Gröhe (CDU) betonte ebenfalls: „Wir halten an den Sanktionen im SGB II (Sozialgesetzbuch) fest.“ Wer die Solidarität der Gemeinschaft in Anspruch nehme, habe die Verpflichtung zur Mitwirkung, sagte er unserer Zeitung. Nahles' Nachfolger als Arbeitsminister, Hubertus Heil (SPD), will die Hartz-IV-

Sanktionen überprüfen. 2017 war die Zahl um 13 700 auf knapp 953 000 gestiegen.

Die Linken-Parteichefin Katja Kipping wirft der großen Koalition beim Thema Hartz IV starke Versäumnisse vor: „Auch die SPD, die jetzt so tut, als müsste man Hartz IV reformieren, fährt seit Jahren eine Politik, durch die das Hartz-IV-Unrecht zementiert wird“, sagte sie der Rundschau. Die Einführung eines Grundeinkommens sei künftig unumgänglich.

Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) mahnte die Politik, darauf zu achten, dass die Sozialleistungen erwirtschaftet werden müssen. Das Wort „Gerechtigkeit“ komme im Koalitionsvertrag 91 mal vor, die Worte „Leistung, Freiheit, Wettbewerb“ deutlich seltener, sagte Hauptgeschäftsführer Steffen Kampeter. (dpa/EB) **Kommentar S. 2, Thema S. 3 u. Politik S. 4**

„Unterbringung zu teuer“

Der Bundesrechnungshof bemängelt die Unterbelegung von Asylbewerber-Heimen

BERLIN. Die Unterbringung von Flüchtlingen ist teurer als nötig. Zu diesem Ergebnis kommt ein Bericht des Bundesrechnungshofs, der unserer Redaktion vorliegt. So sind die Liegenschaften, die der Bund den Ländern für die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbegehrenden mietfrei zur Verfügung stellt, nur zu 39,6 Prozent ausgelastet.

Der Rechnungshof mahnt „angesichts der rückläufigen Zahlen an Asylbegehrenden und Flüchtlingen“ eine Überprüfung der Regelung an. Die Länder sollten künftig „vor-

rangig eigene Liegenschaften belegen“.

Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise 2015 hatte der Bund festgelegt, dass den Ländern Liegenschaften des Bundes ohne Miete überlassen werden sollten. Damit sollte eine schnelle, unbürokratische und für die Länder finanziell akzeptable Lösung für die Unterbringung der Flüchtlinge geschaffen werden.

Auch bei der Herrichtung der Gebäude auf den Grundstücken des Bundes zeigte sich die Bundesregierung großzü-

gig. Bei der zuständigen Bundesanstalt für Immobilienaufgaben beantragten die Behörden der Länder bis zum 1. September 2017 mehr als 300 Millionen Euro, um für die Flüchtlinge die vorhandenen Immobilien bewohnbar zu machen.

„162 der insgesamt 500 Anträge betrafen Liegenschaften, bei denen die Belegungsquote kleiner als 50 Prozent war“, heißt es in dem Bericht. Es sei nicht wirtschaftlich, Liegenschaften herzurichten, die nicht oder kaum mehr belegt sind, kritisiert der Rechnungshof. (qua)

Fall Skripal: Experten bestätigen Gift

DEN HAAG. Knapp sechs Wochen nach dem Attentat auf den früheren russischen Doppelagenten Sergej Skripal und seine Tochter Julia haben unabhängige Experten den Einsatz des Nervengiftes Novitschok bestätigt, aber keine Hinweise auf die Täter oder Drahtzieher geliefert. Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) veröffentlichte in Den Haag die Ergebnisse der Untersuchung ihrer Experten. Diese bestätigen britische Angaben, nach denen der in der früheren Sowjetunion hergestellte Stoff Novitschok verwendet worden war. (dpa) **Politik S. 5**

KÖLN

Die Spielautomaten in Köln klingeln

An Spielautomaten in Köln wird immer mehr Geld verzockt. Die Gesamtsumme der Einnahmen aus Geldspielgeräten stieg 2016 auf rund 110 Millionen Euro. Bei der Bearbeitung der Steuererklärungen hakt es: Im vierten Quartal 2017 ist von 1400 Fällen erst einer bearbeitet. **Seite 26**

Staksiger Nachwuchs mit langen Beinen

Nach 15 Jahren kam jetzt erstmals wieder ein kleines Trampeltier im Zoo zur Welt. Einige Besucher konnten die Geburt sogar live verfolgen, Mutter Charlotte ließ sich nicht aus der Ruhe bringen. Zwei Stunden später machte der Kleine mit den langen Beinen erste staksige Gehversuche. **Seite 28**



Triste Aussicht für Bunt im Block

Die Stadt will das für Mai geplante Nachbarschaftsfest „Bunt im Block“ nicht genehmigen. Die Veranstalter sind enttäuscht, Südstadt-Wirt Daniel Rabe beklagt sich in einem Schreiben an die OB über die Verwaltung. Gegen das Fest waren Unterschriften gesammelt worden. **Seite 28**



19° Dichte Wolkenfelder, teilweise fallen kräftige Schauer. Örtlich auch Gewitter.

